



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Wintersession 2021 • Dritte Sitzung • 01.12.21 • 08h15 • 21.3963
Conseil des Etats • Session d'hiver 2021 • Troisième séance • 01.12.21 • 08h15 • 21.3963



21.3963

Motion SGK-N.

Revision des Epidemiengesetzes bis Ende Juni 2023

Motion CSSS-N.

Présentation d'un projet de révision de la loi sur les épidémies d'ici fin juin 2023

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.09.21

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 01.12.21

Antrag der Kommission
Ablehnung der Motion

Antrag Salzmann
Annahme der Motion

Proposition de la commission
Rejeter la motion

Proposition Salzmann
Adopter la motion

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.

Salzmann Werner (V, BE): Ich beantrage Ihnen, die Motion anzunehmen. Weshalb? Ich denke, dass wir uns einig sind, dass aufgrund der mit der Covid-19-Pandemie gemachten Erfahrungen im Epidemiengesetz sowie, wie Kollege Stark bereits heute Morgen gesagt hat, auch in anderen Gesetzen Revisionsbedarf besteht. Nun stellt sich die Frage, wann diese Revision angegangen werden soll. Ich bin der Auffassung, dass wir nicht warten sollten und stattdessen dem Bundesrat nun den Auftrag erteilen müssten, uns bis Ende Juli 2023 einen Revisionsvorschlag zu unterbreiten.

Auch der Bundesrat vertritt diese Meinung und beantragt ja die Annahme der Motion. Der Bundesrat schreibt in seiner Antwort, dass in die Revision die Erkenntnisse zur Bewältigung der Pandemie und die entsprechenden Evaluationsergebnisse – nicht nur auf Bundesebene, sondern auch in den Kantonen – zwingend einfließen müssten. Er sagt also: nach der Pandemie. Wir wissen heute leider nicht, wann die Pandemie zu Ende oder, wie der Bundesrat schreibt, bewältigt ist. Deshalb macht es keinen Sinn, die Revision lange vor uns herzuschieben, sondern es sollten jetzt die auf allen Staatsebenen und in allen Bereichen gemachten Erfahrungen erfasst und die entsprechenden Gesetze revidiert werden.

Die Kommission schreibt in ihrem Bericht, dass die Covid-19-Pandemie nicht nur in Bezug auf die Massnahmen zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten Handlungsbedarf offenbart habe. Es müssten ebenso staatspolitische Fragen wie der Einbezug des Parlamentes oder die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen betrachtet werden. Auch drängten sich etwa Fragen zur sozialen Absicherung oder zur Versorgungssicherheit auf. In der Kommission wurde deshalb gleichzeitig argumentiert, dass der ausgewiesene Revisionsbedarf ein Argument für die Annahme der Motion wäre.

Es liegen auch genügend Vorstöße aus unseren Reihen vor, die eine Revision verlangen. In meiner Motion 21.3034 verlange ich zum Beispiel, dass das Parlament bei der Ausrufung der ausserordentlichen Lage ein-



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Wintersession 2021 • Dritte Sitzung • 01.12.21 • 08h15 • 21.3963
Conseil des Etats • Session d'hiver 2021 • Troisième séance • 01.12.21 • 08h15 • 21.3963



bezogen werden sollen. Ich und einige meiner Kolleginnen und Kollegen wurden auf die bevorstehende Revision vertröstet, und entsprechend haben wir einer Zuweisung der Motion an die zuständige Kommission zugestimmt. All diese Vorstöße basieren auf den in der vergangenen Pandemiezeit gemachten Erfahrungen und zeigen, dass wir jetzt eben echten Handlungsbedarf haben.

Noch der letzte Punkt: Wir sind jetzt das Parlament, das die Pandemie erlebt hat. Wollen wir die Revision der Gesetze wirklich einem neu gewählten Parlament überlassen? Ich denke, das wäre auch falsch.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, die Motion anzunehmen, damit wir noch die Gelegenheit haben, über diese Revision zu sprechen.

Ettlin Erich (M-E, OW), für die Kommission: Die Motion, es wurde schon erwähnt, wurde von unserer Schwesternkommission, der SGK-N, am 23. Juni 2021 eingereicht. Mit ihr wird der Bundesrat beauftragt – Herr Salzmann hat es schon gesagt –, dem Parlament bis Ende Juni 2023 eine Vorlage zur Revision des Epidemien gesetzes zu unterbreiten. Bis Ende Juni 2023! Wir haben Dezember 2021. Dabei sollen die Erkenntnisse aus der Covid-19-Pandemie in die Gesetzesrevision einfließen.

Der Bundesrat, es wurde gesagt, beantragt die Annahme der Motion. Das geltende Gesetz trat am 1. Januar 2016 in Kraft. Bereits am 19. Juni 2020, also schon in der Pandemie, beauftragte der Bundesrat das EDI, die Arbeiten für die Revision des Gesetzes aufzunehmen und bis Ende 2023 – also nicht bis Ende Juni, sondern bis Ende 2023 – einen Entwurf in die Vernehmlassung zu geben. Eine Reihe laufender und bevorstehender Evaluationen, insbesondere zur Bewältigung der Pandemie, wird neue, vertiefte und detaillierte Erkenntnisse liefern. Das ist die Basis für unseren Entscheid.

Die Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie, die immer noch besteht, werden systematisch ausgewertet, und zwar nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf Kantonsebene. Den Kantonen muss Zeit gegeben werden, die Ergebnisse ihrer Evaluation zu analysieren, um sie in den Revisionsentwurf des Epidemiengesetzes einfließen zu lassen. Es ist zudem zu bedenken, dass die Pandemie noch nicht vorbei ist – ich habe es gesagt – und viele Akteure, insbesondere die Kantone, weiterhin stark mit dem Krisenmanagement beschäftigt sind. Die Bewertung erfordert also Zeit.

Wir haben uns in der Kommission stark mit dem Thema Zeit befasst. Es wurde in der Kommission eine Abänderung der Motion verlangt und besprochen, die eine Verlängerung bis Ende 2023 vorgesehen hätte. Derselbe Motionstext hätte demnach nicht bis Ende Juni 2023, sondern bis Ende 2023 gegolten. In Ihrer Kommission wurde der Bedarf nach einer Anpassung des Epidemiengesetzes nicht verneint. Er wurde auch bejaht, das ist unbestritten. Ich glaube, da sind wir uns mit dem Einzelantragsteller auch einig. Es müssen aber dazu, so die Kommission, zuerst Evaluationen durchgeführt werden, die insbesondere auch die verschiedenen Bereiche – der Antragsteller hat es gesagt – wie die Gesundheitspolitik, die Staatspolitik und die Sozialpolitik abdecken, also das Feld weiter öffnen, als es die Motion formuliert.

Zudem wurde auch festgestellt, dass ein so offen formulierter Auftrag an den Bundesrat zur Anpassung eines Gesetzes ohne eine vorgängige genaue Analyse nicht sinnvoll sei. Uns von der Kommission wurde von Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission mitgeteilt, dass vor Ende 2022 die 27 Inspektionsteile nicht abgeschlossen und dem Bundesrat noch keine Empfehlungen ausgesprochen werden können. In der Geschäftsprüfungskommission laufen so viele Projekte, die man erst Ende 2022 abschliesst, dass die Frist bis Juni 2023 sowieso unrealistisch wäre. Etliche der Empfehlungen, die dann aus der Geschäftsprüfungskommission kämen, beträfen den Gesundheitsbereich und das Epidemiengesetz. Der Bundesrat wird von dieser Seite her also nicht vor Ende 2022 ein Fazit haben können.

Zusammenfassend gesagt: Der Anpassungsbedarf wird nicht verneint, aber dieser ist gemäss Ihrer Kommission erst nach einer ganzheitlichen Analyse unter Berücksichtigung auch anderer Bereiche als nur der Gesundheitspolitik festzulegen.

Von den Befürwortern der Motion wurde geäussert, dass es schwierig sei, die Motion nicht zu unterstützen, da der Bedarf ja gegeben sei und der Bundesrat die Motion auch zur Annahme empfehle. Das stimmt; deshalb stellt sich in Ihren Kommissionen – Sie kennen das – in solchen Situationen

AB 2021 S 1165 / BO 2021 E 1165

immer die Frage, ob man eine Motion, die unbestritten ist, deren Grundgehalt aber schon umgesetzt wird, annehmen oder ablehnen soll.

Ihre Kommission hat sich mit 8 zu 4 Stimmen dafür entschieden, die Motion abzulehnen. Sie hat sich auch gegen eine Abänderung der Motion entschieden. Sie geht davon aus, dass der Bundesrat das Epidemiengesetz sowieso überarbeitet, dass der Auftrag läuft, die Analysen gemacht werden und die Motion deshalb nicht notwendig ist.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Wintersession 2021 • Dritte Sitzung • 01.12.21 • 08h15 • 21.3963
Conseil des Etats • Session d'hiver 2021 • Troisième séance • 01.12.21 • 08h15 • 21.3963



Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Antrages Ihrer Kommission.

Wicki Hans (RL, NW): Ich glaube, wir sind uns im Grundsatz alle relativ weitgehend darüber einig, dass das Epidemiengesetz aufgrund der gemachten Erfahrungen revidiert werden soll. Das wird weder vom Bundesrat noch von der SGK-N bestritten. Das ist sowieso klar. Als das Gesetz vor ungefähr zehn Jahren geschaffen wurde, war der Begriff einer weltweiten Epidemie mit solchen Auswirkungen in erster Linie eine rein abstrakte Vorstellung. Reale Erfahrungen mit Epidemien haben wir in der Schweiz glücklicherweise in den letzten sieben Jahrzehnten nicht gemacht. Insgeheim ging man aber wohl davon aus, dass dieses Gesetz, das allen sinnvoll erschien, in der Praxis nie zur Anwendung gelangen würde.

Wir haben jetzt etwas praktische Erfahrung erhalten und können diese auch einfließen lassen. Dies scheint mir umso wichtiger, als unsere demokratischen Abläufe in dieser Situation auch an ihre Grenzen gestossen sind. Im Wissen, dass eine solche Pandemie wiederkommen könnte, müssen wir uns jetzt vermutlich schon ernsthaft damit auseinandersetzen. Dazu gehört für mich auch die grundsätzliche Frage, wie weit der Staat überhaupt gehen darf. Das wäre nur eine Frage.

Ich kann die SGK-N verstehen, wenn sie neben dem Epidemiengesetz noch weitere Gesetze anpassen will. Allerdings ist dies meines Erachtens kein Argument gegen die Motion, sondern eher ein Argument für die Einleitung des Revisionsverfahrens. Bekanntlich kann man das eine tun und das andere nicht lassen. Die laufend gewonnenen Erkenntnisse erlauben die Aufnahme der Arbeiten bereits 2023. Abgesehen davon wäre unser Rat auch legitimiert, die Motion – zum Beispiel das Datum – entsprechend anzupassen. Wenn das wirklich ein Killerkriterium sein sollte, wären wir sogar legitimiert, das Datum anzupassen. Dann wäre ja alles in Butter, wie ich von Kollege Ettlin gehört habe.

Gemäss dem Grundsatz "Schmiede das Eisen, solange es noch heiss ist" dürfte dies eine gute Ausgangslage darstellen – vor allem insofern, als wir bis zum kommenden Sommer, so hoffen wir doch, eine weitere Phase hinter uns haben. Wir werden noch mehr wissen und werden hoffentlich noch mehr durchgeimpft sein. Vermutlich wird eine auch für den Bundesrat angenehmere Situation eintreten, in der die Lage vielleicht sogar neu beurteilt werden kann.

Ich empfehle Ihnen dringendst, diese Motion anzunehmen.

Berset Alain, conseiller fédéral: Je crois qu'il y a un point qui fait l'unanimité, c'est la moindre des choses, c'est qu'on va devoir réaliser non seulement une analyse de bonne qualité sur tout ce qui s'est produit jusqu'ici et de ce qui peut se produire dans les temps à venir, mais en plus envisager une modification de la loi sur les épidémies. Cette loi sur les épidémies date de 1970. Elle a fait l'objet d'une révision complète en 2012/13 et est entrée en vigueur en 2016. Il faut le dire: elle donne de bons outils pour agir, mais la pandémie actuelle met cette loi à rude épreuve. Nous savons qu'une nouvelle révision se révèle déjà nécessaire. Pour rappel: le 19 juin 2020, le jour où le Conseil fédéral mettait un terme à la situation extraordinaire, ce jour-là il avait déjà indiqué souhaiter travailler à une révision de la loi sur les épidémies. En 2020, alors qu'on était encore au début de la pandémie, le Conseil fédéral avait fixé un délai à fin 2023. Mais en 2020, on ne pensait pas qu'à fin 2021 on serait encore dans cette situation.

Il n'y a donc aucune divergence sur la nécessité d'agir. Il y a par contre une divergence sur le délai, en tenant compte de la qualité nécessaire pour que le Parlement puisse faire le meilleur travail possible. Le Conseil fédéral a proposé d'adopter la motion, avec quelques doutes sur le délai – je dois vous le dire. La motion a été déposée en juin 2021, la situation était bonne à ce moment-là. Le Conseil fédéral avait répondu en septembre 2021. Nous avions encore l'espoir – je vous le dis franchement – grâce à la vaccination et à l'évolution de la situation de pouvoir en finir avec cette pandémie en hiver. Aujourd'hui, on voit que c'est un peu plus compliqué. La question est de savoir quels sont les éléments à intégrer dans l'évaluation pour préparer une réforme de la loi. Il y a surtout beaucoup d'acteurs qui y travaillent. Il ne s'agit pas que du Conseil fédéral. Vous pouvez demander au Conseil fédéral de vous proposer un message dans le délai souhaité, il le fera. Ce qu'on n'est pas sûr de pouvoir faire, par contre, c'est d'associer 26 cantons aussi bien que nécessaire, c'est de pouvoir associer également des acteurs parapublics, voire privés. On doit trouver le bon équilibre entre le tempo, d'un côté, et la qualité du travail, de l'autre.

La divergence n'est pas énorme. Nous pensions le faire pour la fin de l'année 2023. Nous avons proposé d'accepter la motion qui proposait la fin juin 2023, mais avec quelques remarques sur ce délai. En effet, les thèmes à traiter sont très importants et très nombreux. Il s'agit par exemple de l'approvisionnement en biens médicaux, de la numérisation pour les systèmes de déclaration, du monitorage de la couverture vaccinale; on peut aussi penser à la réglementation des indemnités, aux mesures d'entrée sur le territoire, à la question de la gestion des compétences entre les cantons et la Confédération. Cette dernière est extrêmement complexe.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Wintersession 2021 • Dritte Sitzung • 01.12.21 • 08h15 • 21.3963

Conseil des Etats • Session d'hiver 2021 • Troisième séance • 01.12.21 • 08h15 • 21.3963



Aujourd'hui, non seulement les Commissions de gestion y travaillent, mais le Conseil fédéral fait également des analyses; il y a aussi la Commission des institutions politiques qui étudie en détail la manière d'associer au mieux le Parlement en cas de crise. Cela fait donc beaucoup de choses. Nous avons donc une certaine retenue quant au délai parce que nous sommes encore dans la crise et que nous voyons que l'hiver ne va pas être très simple.

Si on veut vous amener un projet pour la fin juin 2023, on doit commencer avec les premiers ateliers et groupes de travail au premier trimestre 2022. Je crains qu'il y ait relativement peu de compréhension de la part de beaucoup d'acteurs qui sont actuellement fortement impliqués dans la gestion de la crise.

Si vous le souhaitez, c'est la proposition du Conseil fédéral avec cette motion, nous amènerons un projet, en espérant pouvoir respecter le délai, mais ce ne sera pas évident. Si la motion était rejetée, nous amènerons aussi un projet, dans un délai qui n'est pas très loin de ce que propose la motion.

Il y a un argument qui ne me paraît pas être déterminant, c'est le fait que ce soit le Parlement actuel qui s'occupe de cette révision. La motion demande un projet d'ici fin juin 2023. Si nous transmettons un projet à cette date-là, il sera attribué à une commission par les bureaux lors de la session de septembre 2023. La commission pourrait commencer à traiter cet objet en octobre ou novembre 2023. L'expérience montre que le mois où ont lieu les élections fédérales n'est pas le mois le plus productif du Parlement. On peut tourner la chose dans le sens qu'on souhaite, mais, à la fin, ce serait forcément le prochain Parlement élu qui se saisirait de cette question.

Voilà ce que je souhaitais vous dire. Aussi rapidement que possible, mais avec la qualité nécessaire, c'est cela qu'on essaie de faire, en impliquant l'ensemble des acteurs.

C'est avec cette argumentation, en indiquant déjà que le délai de fin juin 2023 sera peut-être difficile à respecter, que nous proposons d'accepter la motion.

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Motion ... 12 Stimmen

Dagegen ... 26 Stimmen

(1 Enthaltung)

AB 2021 S 1166 / BO 2021 E 1166